

Warum es sich lohnt in eine Gesellschaft des langen Lebens zu investieren - Empfehlungen der Freien Wohlfahrtspflege für eine gute kommunale Altenpolitik

Wir, die Wohlfahrtsverbände in NRW, nehmen die Coronapandemie zum Anlass, den Blick auf das Alter und die bestehenden Altenhilfestrukturen in den Kommunen kritisch unter die Lupe zu nehmen. Wir fordern uns selbst, aber auch Politik und Verwaltungen auf, über neue Wege in einer alternden Gesellschaft nachzudenken und machen Vorschläge für eine moderne kommunale Altenpolitik.

Unsere Vision ist eine Politik, die Alter in allen Bereichen „mitdenkt“: beim Wohnen und Bauen, bei Verkehr und Mobilität, bei Bildung und Kultur, in Gesundheitsfragen, bei Regional-, Stadt- und Quartiersentwicklung und in der Klimadebatte und Digitalisierungsstrategien.

I. NRW wird älter

Die Bevölkerung NRW altert dreifach: Zum einen gibt es immer mehr ältere Menschen und auch diese werden immer älter. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Geburten stetig ab. Der Anteil der Menschen über 65 Jahre an der Bevölkerung beträgt heute 22 Prozent. In wenigen Jahren sind es ein Drittel aller Einwohner.¹ Auch die Anzahl hochaltriger Menschen wird weiter ansteigen und damit steigen auch das Risiko einer Demenz oder einer langen Zeit schwerer Pflegebedürftigkeit. Gleichzeitig wissen wir um den Fachkräftemangel in der Pflege und um die abnehmende Anzahl und Stabilität familiärer und sozialer Netze gerade im hohen Alter.

Aktuell kommen die geburtenstarken Jahrgänge, die Babyboomer ins Rentenalter. Sie werden aller Voraussicht nach das bestehende Altenhilfesystem kritisch hinterfragen und selbstbewusst Veränderungen einfordern. Die Generationen „der Vielen“ werden das bestehende Altenhilfesystem vor neue Herausforderungen stellen.

Wir sehen darin Chance und Risiko zugleich. Insbesondere auf kommunaler Ebene bedeutet das, neue Lösungen für Versorgung und Pflege zu finden und gleichzeitig die Teilhabe und Mitgestaltung dieser Generation zu stärken.

II. Alt sind immer die Anderen. Gute Bilder vom Älterwerden.

Obwohl wir in einer Gesellschaft des langen Lebens leben, löst diese lange Lebensspanne häufig negative Assoziationen aus: wer will schon Senior*in sein? Ein*e Hochbetagte*r? Ein flotter Silberrücken? Gerade die Coronapandemie hat den defizitorientierten Blick auf das Alter (wieder) verstärkt. Ältere wurden fast ausschließlich als vulnerabel und schutzbedürftig wahrgenommen, über ihre Ressourcen wurde nicht mehr gesprochen. Die späte Freiheit, die Produktivität und Kreativität, die mit dieser Lebensphase verbunden ist, werden zu wenig gesehen.

Gute Geschichten vom Älterwerden und positive Altersbilder sind immer noch selten. Aber langsam sorgen „Omas gegen rechts“, „Grannies for future“ und Ältere, die nach neuen Wohn- und Lebensformen suchen, für einen neuen Blick auf das Alter. Die Engagementforschung zeigt, dass sich ein großer Teil der Menschen zwischen 60 und Ende 70 bürgerschaftlich engagiert: Für die eigene, aber auch die nachfolgenden Generationen, für ein gutes Miteinander im Wohnumfeld und für eine bessere Zukunft. Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag, den Ältere für ihre Familien,

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/548267/umfrage/anteil-der-bevoelkerung-ab-65-jahren-und-aelter-in-deutschland/>

Nachbar*innen und Freund*innen einbringen. Die Betreuung von Kindern und die Pflege von Angehörigen sind ohne den Einsatz älterer Menschen nicht denkbar.

Altern wird bunter und vielfältiger

Unstrittig ist, dass es den älteren Menschen nicht gibt. Menschen zwischen 60 und 100 Jahren haben unterschiedliche Lebenslagen, Lebensverläufe, Strategien zur Lebensbewältigung und Ressourcen: Wohnt man auf dem Land oder in der Stadt, hat man eine kleine Rente oder eine gute Pension? Ist man zugewandert oder hat eine Fluchterfahrung? Lebt allein oder in einem Mehrgenerationenprojekt? Wird man gepflegt oder pflegt selbst Angehörige? Ist man gesund oder durch chronische Krankheiten eingeschränkt? Nach welchen Interessen und Fähigkeiten und hat man sein Leben gestalten können?

Fest steht, dass die sozialen Unterschiede und Benachteiligungen im Lebenslauf im Alter kumulieren: Wer in der Erwerbsphase des Lebens über einen geringen Verdienst verfügte, wird im Alter eine noch geringere Rente erhalten, wer in der Jugend schlechtere Bildungschancen hatte, ist im Alter in der Regel auch weniger gesund und stirbt oftmals früher. Unstrittig ist, dass Menschen mit zunehmendem Alter, verletzlicher sind und mehr Schutz und Sicherheit brauchen. Das gilt ganz besonders für Ältere, die Erfahrungen mit Diskriminierungen haben, wie z.B.: Menschen mit Migrationsgeschichte, Kriegstraumatisierte oder ältere LSBTIQ*.

III. Alter ist mehr als Pflege: Empfehlungen für eine neue Politik für ältere Menschen!

„Ich möchte mit meinen 68 Jahren von der Politik nicht immer nur als vorpflegerischer Fall gesehen werden, sondern als ein Bürger, der etwas einbringt,“ Zitat eines Seniorenbeirates. Ältere Menschen brauchen also auf der einen Seite Sicherheit und Schutz. Auf der anderen Seite steht das Recht eines jeden Menschen auf soziale Teilhabe, mitzugestalten und sich einzubringen. Eine moderne kommunale Altenpolitik sorgt für beides und schafft und finanziert vor Ort Strukturen, die beides ermöglichen.

Eine gute kommunale Altenpolitik:

- 1. beginnt mit einer professionellen Sozial- und Altenhilfeplanung:** Alter und Altern muss in allen relevanten Lebensbereichen „mitgedacht“ werden: nicht nur bei Versorgungs- und Pflgethemen, sondern auch und vor allem beim Wohnen und Bauen, bei Verkehr und Mobilität, bei Bildung und Kultur, in Gesundheitsfragen, bei Regional-, Stadt- und Quartiersentwicklung und in der Klimadebatte und Digitalisierungsstrategien.
- 2. begrüßt, ermöglicht und fordert die Teilhabe älterer Menschen auf allen Ebenen ein:** Sie beteiligt Ältere konsequent und durchgängig in allen kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen. Die Einrichtung und der Erhalt von Seniorenbeiräten und –vertretungen sind aktiv zu fördern.
- 3. schafft Strukturen und Orte in denen Ältere, zivilgesellschaftlich, kulturell und politisch partizipieren und soziale Netzwerke schaffen können.** Dafür nimmt sie Geld in die Hand und finanziert z.B. Begegnungszentren, Stadtteiltreffs oder Seniorennetzwerke. Digitale Angebote, die die Teilhabe und das Engagement immobiler oder hochaltriger Menschen von zu Hause ermöglichen, sind aufzubauen bzw. zu erhalten bzw. auszubauen.
- 4. sorgt sich für und um ältere Menschen:** Es muss selbstverständlich sein, dass älteren und Menschen mit Hilfebedarfen eine gute Infrastruktur zur Verfügung steht, die es ihnen ermöglicht, möglichst lange selbständig zu wohnen. Umfassende Informations- und niedrigschwellige Beratungsstrukturen müssen vorgehalten und finanziert werden. Gerade in ländlichen Räumen müssen sorgende Strukturen erhalten oder neu aufgebaut werden.

Pflegende Angehörige werden unterstützt, damit sie die Pflege und Versorgung in der Häuslichkeit übernehmen können.

5. **schätzt und fördert das Erfahrungswissen, das Potential der Älteren.** Sie schafft Anreize und Strukturen, die das ehrenamtliche, nachbarschaftliche und zivilgesellschaftliche Engagement Älterer stärkt, z.B. durch den Aufbau von Seniorenbüros. Sie entwickelt und finanziert Programme, in denen sich Ältere als Pat*innen, Lots*innen, Mentor*innen und Gemeinwesenentwickler*innen bis ins hohe Alter einbringen können.
6. **räumt dem guten Wohnen eine zentrale Bedeutung zu:** Sie sorgt für altersgerechte Wohnformen und ein barrierearmes Wohnumfeld. Die Finanzierung von Beratungsstellen für Wohnraumanpassung und Wohnungswechsel sind eine Voraussetzung, ein langes Leben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen.
7. **fördert digitale Teilhabe für alle:** Digitalisierung auf allen Ebenen schreitet voran. Digitale Teilhabe wird in naher Zukunft die Voraussetzung sein, um in der Gesellschaft integriert zu bleiben, Kontakte zu knüpfen, sich zu versorgen. Es muss alles getan werden, Älteren die Zugänge zur digitalen Welt zu ermöglichen. Niemand darf gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Dazu braucht es zugehende Informationsangebote, Unterstützungsformen und finanzielle Hilfen.

IV. Fazit: Engagierte Altenpolitik braucht ein kommunales Basisbudget!

Eine vorausschauende Kommune übernimmt Verantwortung zur Umsetzung eines guten Lebens im Alter. In der Konsequenz verpflichtet sie sich zu einer strukturierten Sozial- und Altenhilfeplanung und zu einer verlässlichen und nachhaltigen Finanzierung der Teilhabestrukturen. Aus diesem Grund ist die Festlegung eines kommunalen Basisbudgets, also eines festen Beitrags, den eine Kommune pro Einwohner*in ab 65 Jahren p.A. in die Hand nimmt, mehr als notwendig, um Verbindlichkeit, stabile soziale Strukturen und Sicherheit zu schaffen.

1/2022 Renate Forke, Cornelia Harrer und Dorothee Mausberg